



DER TAGESSPIEGEL

RERUM



CAUSAS

HEUTE: Mit
Immobilienmarkt
und Stellen-
angeboten

Therapie im Proberaum:
Eine Dokumentation über die
Trennung der **Beatles** – Seite 24

Notruf in Not:
Wenn Rettung zu spät
kommt – Mehr Berlin

Kekse, Kuchen, Krümel:
Tipps für **süßes Gebäck** –
Kinderspiegel, Seite 16

BERLIN, SONNABEND, 27. NOVEMBER 2021 / 77. JAHRGANG / NR. 24730

WWW.TAGESSPIEGEL.DE

BERLIN/BRANDENBURG 2,20 €, AUSWÄRTS 2,90 €, AUSLAND 3,10 €

Große Sorge vor neuer Corona-Variante

- Omikron-Mutante auch in Europa nachgewiesen
- Dax stürzt so stark ab wie bei Pandemie-Beginn

- Spahn und Wieler: „Lage ist so ernst wie nie“
- Söder will Impfpflicht und Bundes-Notbremse

VON GEORG ISMAR UND JOHANNES NEDO

BERLIN - Eine neue, möglicherweise gefährlichere Coronavirus-Variante in Südafrika hat weltweit große Sorge ausgelöst. Experten befürchten, dass die Variante B.1.1.529, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) am Freitag den Namen „Omikron“ bekam, wegen ungewöhnlich vieler Mutationen hoch ansteckend ist und den Schutzschild der Impfstoffe leichter durchdringen könnte. Die WHO stufte sie als „besorgniserregend“ ein.

Die Bundesregierung erklärte Südafrika und sieben weitere Staaten der Region ab Sonntag zu Virusvariantengebieten. Fluggesellschaften dürfen nur noch deutsche Staatsbürger nach Deutschland befördern. Es gilt nach Ankunft 14 Tage Quarantäne, auch für Geimpfte. Am Freitag meldete Belgien als erstes Land in Europa eine Infektion mit der neuen Variante. Ein aus dem Ausland kommender ungeimpfter Mensch sei positiv getestet worden, hieß es von den Behörden.

An den Börsen brachen aus Angst vor der neuen Variante weltweit die Aktienkurse ein. Der Dax erlebte den größten Kurssturz seit März 2020, zu Beginn der ersten Pandemie-Welle. Zum Handelschluss lag der Dax um mehr als vier Prozent im Minus (15 257 Punkte).

„Wir sind tatsächlich in sehr großer Sorge“, sagte der Chef des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, am Freitag zur neuen Variante. Der Virologe Christian Drosten gab leichte Entwarnung. So sei unklar, ob die Variante tatsächlich ansteckender ist. „Für eine veränderte Krankheits-schwere gibt es derzeit keine Hinweise“, teilte Drosten mit. Der geschäftsführende Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betonte: „Das ist das Letzte, was wir jetzt in unserer momentanen Lage noch brauchen können, dass in die Welle hinein noch eine zusätzliche Variante kommt.“

Spahn forderte alle Menschen, die in den vergangenen Tagen aus Südafrika und der Region nach Deutschland gekommen sind, zu einem PCR-Test auf.

Zudem verlangte Spahn massive Kontaktreduzierungen, um die vierte Corona-Welle in Deutschland zu stoppen. „Die Lage ist dramatisch ernst. So ernst wie noch zu keinem Zeitpunkt in dieser Pandemie“, sagte er. Die rasant steigenden Infektionszahlen sowie die neue Variante erfordern laut Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nun eine bundesweite Notbremse. Das sei notwendig zur Eindämmung des Coronavirus – ebenso wie eine allgemeine Impfpflicht am besten schon ab dem 1. Januar, sagte er am Freitag. „Wenn es keine bundeseinheitliche Regelung gibt, dann wird Land unter sein vor Weihnachten. Und zwar auch mit erheblicher Lebensgefahr.“

Allerdings bietet das von SPD, Grünen und FDP geänderte Infektionsschutzgesetz keine Lockdown-Möglichkeiten mehr, jedoch könnten schon jetzt überall Veranstaltungen abgesagt und Kontakteinschränkungen verhängt werden. Nach Tagesspiegel-Informationen wird auch eine Bundestagssondersitzung kommende Woche erwogen, um womöglich Verschärfungen oder eine neue Rechtsgrundlage auf den Weg zu bringen, die auch bundesweite Lockdown-Maßnahmen erlauben würde. Allerdings sperrt sich besonders die FDP bisher gegen solche Änderungen.

Wie Spahn fordern nun auch Söder und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) eine schnelle Bund-Länder-Runde. Es gilt aber als sehr unwahrscheinlich, dass sie noch dieses Wochenende stattfinden könnte. Kretschmann betonte, der 9. Dezember sei als Termin für das nächste Krisentreffen zu spät.

mit dpa, rtr, AFP

— Seite 2

Sind Gender-Witze okay, Frau Kroymann?

Die Kabarettistin
über Diversity
in der Unterhaltung
und die Frage,
welche Gags
erlaubt sind

– Seite 23



Foto: Joseph Strauch/Photo Bureau, Eilbek/Weltweit, Regensburg

Die Grünen

Der alte Zoff

VON STEPHAN-ANDREAS CASDORFF

Diese Grünen: streiten sich, als gäb's kein Morgen. Ganz wie früher, Realos gegen Fundis. Der alte Zoff ist zurück, und er geht um die Sache und um Personen. Viel unnötiger Ballast für die Zukunft. Von wegen, dass alte Vorurteile überwunden sind – die Grünen tun einiges, sie zu bestätigen. Vor allem das eine: dass sie eben doch noch länger keine Kanzler:innenpartei sind. So schaden sie ihren Chancen.

Dabei waren die Grünen schon auf dem Weg, waren weiter, fast nahe dran. Zu Beginn dieses Wahlkampfs dieser Aufbruch! Eine Kanzlerkandidatin, Geschlossenheit nach innen und nach außen, die Themen liefen nur so auf sie zu, Klimaschutz wurde ein Selbstläufer, immer mehr sagten kopfnickend: Mit den Grünen zieht die neue Zeit ein. Sogar in der SPD dachten sie das, als der Wahlkampf bei ihnen wenig erfolgreich startete. Die SPD verharrte bei 14 Prozent, die Grünen wuchsen auf 28, die Rolle als stärkste Partei im Koordinatensystem schien möglich. Man stelle sich vor: die Grünen, stärkste Fraktion im Bundestag. Und man konnte es sich vorstellen, gut sogar.

Wie es gekommen ist, wissen wir alle. 14,8 Prozent sind auch schon ein schönes Ergebnis, haben die führenden Grünen nach der Wahl erklärt, und ganz falsch ist es ja nicht. Immerhin: das beste Ergebnis im Bund in der Geschichte der Partei. Und dennoch eine leise Enttäuschung. Die im Übrigen fortwirkt.

Warum sonst sind die Koalitionsverhandlungen auf grüner Seite so kritisch begleitet worden? Nichts ist schlimmer als eine enttäuschte Liebe oder Zuneigung, und so mussten sich die Spitzengrünen Annalena Baerbock und Robert Habeck so manche Spitze gefallen lassen. Das hat bestimmt wehgetan, zumal sie am Ende noch mal ziemlich aufgedreht haben. Was da im Koalitionsvertrag, im ellenlangen, steht, ist doch nicht wenig. Genauer: nicht wenig an Umbau der Gesellschaft; nicht wenig an Nachhaltigkeit; nicht wenig für den Klimaschutz. Da könnte man zufriedener sein.

Wenn nur dieser Streit um Personalien jetzt nicht wäre. Sagen wir es drastisch: Die Grünen reißen mit dem Hintern wieder ein, was sie sich in den letzten Wochen mit den Händen aufgebaut haben. Denn in den Koalitionsverhandlungen wirkte die Spitze doch wieder kompetent und tariffähig, wie es Gerhard Schröder immer so treffend nannte, mit dem die Grünen vor Jahrzehnten auch mal koalitiert hatten. Der Eindruck war: Die können es doch. Die wachsen, und zwar in eine neue Rolle hinein. Sie sind die hinter und neben dem Kanzler, ohne sie kein Aufbruch, kein Umbruch. Also zurück zur Kanzler:innenpartei in spe?

Diese Hoffnung ist, vorsichtig ausgedrückt, vertagt. Das Aufbrechen alter Streitigkeiten ist hier eher ein schlechtes Zeichen. Die Ressortverteilung ist es außerdem. Richtig: Der 40-Prozent-Mann Cem Özdemir gehört ins Kabinett, aus vielerlei Gründen. Er ist politisch beschlagener, erfahren, beliebt, steht für die Vielfalt der Partei. Aber wie das jetzt gehandhabt worden ist, ihn in die Regierung zu hieven – so bleiben lauter Verletzungen zurück. Die zu heilen, ist eine ziemliche Aufgabe. Übrigens links wie rechts. Dass Anton Hofreiter und Katrin Göring-Eckardt beide nichts werden, werden sich, logisch, nicht bloß die beiden merken.

Da hilft nur wenig, dass die beliebte Parteilinke Claudia Roth Staatsministerin für Kultur wird. Das ist nämlich nicht zuletzt ein Entgegenkommen von Olaf Scholz, damit der Unmut bei den Grünen nicht explodiert. (Abgesehen davon, dass Scholz sich auf dem Posten auch etwas anderes vorgestellt hatte. Mal sehen, ob er da nachtragend ist.)

Ego folgt Ethos? Schön wär's. An der Sache orientiert wäre gewesen: Özdemir wird Außenminister, Baerbock Klimaministerin oder Fraktionschefin. Oder Habeck wird Fraktionschef. Oder, oder, oder. Die Grünen haben viele gute Fachleute für die Ressorts, Frauen zumal. Hätten sie. So haben sie jetzt vor allem den Ärger. Und den guten Eindruck vom (Wochen-)Anfang vermässelt. Zu schade.

Kontroverse um Impfungen für Kinder

Stiko rät, abzuwarten – Spahn kritisiert Vorgehen

BERLIN - Die Ständige Impfkommission (Stiko) erwartet, dass die Corona-Impfung für Kinder in Deutschland zunächst nur in Risikofällen empfohlen wird – also bei Kindern mit Vorerkrankung. Dies bedeute aber nicht, dass von einer breiteren Anwendung abgeraten werde, sagte Stiko-Mitglied Fred Zepp am Freitag. „Nach der Zulassung in Deutschland ist das Mittel verimpfbar und es ist eine individuelle Entscheidung.“ Zepp rät dazu, abzuwarten, bis weitere Daten zur Sicherheit der Impfungen vorliegen.

Die Europäische Arzneimittelbehörde hatte am Donnerstag empfohlen, den Impfstoff von Biontech/Pfizer für den breiten Einsatz bei Fünf- bis Elfjährigen zuzulassen. Die Stiko macht eine entsprechende Empfehlung jedoch davon abhängig, ob auch sie den Nutzen der Impfung für Kinder höher bewertet als ihre Risiken. Die Kommission werde sich „größte Mühe“ geben, bis zum 20. Dezember eine Empfehlung abzugeben, sagte Stiko-Mitglied und Kinderarzt Martin Terhardt im Deutschlandfunk. Dann soll eine erste Lieferung des Kinderimpfstoffs in Deutschland vorhanden sein. Terhardt wies zugleich Vorwürfe gegen das ehrenamtlich arbeitende Gremium zurück, zu langsam zu sein. „Wir würden gern oft schneller sein“, sagte er. Es gebe aber nicht genügend personelle Ressourcen.

Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kritisierte, dass sich das Prozedere für Impfungen in Deutschland hinziehe. Er schätze die Arbeit und die Expertise der Stiko. Es sei aber zu hinterfragen, ob dieses Vorgehen auch in einer Pandemie richtig sei.

pei/Top

INDEX

WIRTSCHAFT & BÖRSEN 17–20
Die neue Corona-Mutante aus Südafrika trieb Anleger in die Flucht. Der Dax stürzte zum Schluss auf 15 257 Punkte ab.

WETTER 2
Immerhin: Schneien soll es noch nicht. Dafür immer wieder dichte Wolken, kaum Sonne und vereinzelt etwas Regen.

MODE & STIL 14
SPORT 21 + 22
MEDIEN/TV-PROGRAMM 31
IMPRESSUM & ADRESSEN 4

LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE

TEL. REDAKTION (030) 29021-0
TEL. ABO-SERVICE (030) 29021-500
TEL. SHOP (030) 29021-520
TEL. TICKETS (030) 29021-521

Der schwere Schlag.
Orazio Giamblanco 25 Jahre nach dem rassistischen Angriff in Trebbin
Seite 10

ISSN 1865-2263

6 0 0 4 7

4 194256 002201

Spitze der Grünen Jugend empfiehlt Ja zum Ampel-Vertrag

BERLIN - Die Spitze der Grünen Jugend empfiehlt ihren Mitgliedern, bei der Urabstimmung der Grünen für den Koalitionsvertrag mit SPD und FDP zu votieren. „In der Ampel gibt es wenig Rückschritte und einige, wichtige Verbesserungen“, heißt es im fünfseitigen Dringlichkeitsantrag des Vorstands zum Länderrat der Nachwuchsorganisation an diesem Samstag in Berlin.

Lange war nicht sicher, ob die Jugendorganisation die Pläne der Parteiführung

unterstützt – vor allem wegen wegen des Klimaschutzes. Ob die Klimaziele mit dem Koalitionsvertrag erreicht werden können, „bleibt weiterhin offen“, sagte Grüne-Jugend-Chef Timon Dzienus am Freitag. Während SPD und FDP bei Parteitag die Zustimmung ihrer Basis für den Koalitionsvertrag einholen wollen, stimmen bei den Grünen die Parteimitglieder ab.

dpa

— Seite 4

Tesla verzichtet für Batteriewerk auf Milliardenförderung

BERLIN/GRÜNHENDE - Der US-Elektroautobauer Tesla will die angekündigte Batteriefertigung in der E-Auto-Gigafactory Grünheide ohne staatliche Förderung errichten. Tesla habe den Antrag auf Förderung aus dem zweiten Europäischen Batterieprogramm (IPCEI) zurückgezogen, teilten das Unternehmen und das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) am Freitag mit. Dabei war die Förderung in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für Tesla bewilligungsreif, und nicht nur das: „Die Bei-

hilfe für das Projekt in Grünheide war durch die Europäische Kommission genehmigt worden“, bestätigte das BMWI. Der US-Elektroautobauer erklärte: „Tesla hält jedoch weiterhin an seinen Planungen für die Batterie- und Recyclingfabrik in der Gigafactory Berlin-Brandenburg fest, verzichtet aber auf die staatliche IPCEI-Förderung.“ Gründe für den Schritt wurden nicht genannt.

thm

— Seite 12

VIRUS in Zahlen

Neuinfizierte

pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen

BERLIN **357** | DEUTSCHLAND **438**

Deutschland gesamt



RKI/Risklayer/Top

— Seite 3 und Meinungsseite